



DER ÜBERSEE-CLUB e.V.



DR. MICHAEL FUCHS

Präsident des Bundesverbandes des Deutschen
Groß- und Außenhandels e.V.

STANDORT DEUTSCHLAND –
SIND WIR „DER KRANKE MANN“ IN EUROPA?

VORTRAG AM ÜBERSEETAG, 7. MAI 1997



Sehr geehrter Herr Präsident Kruse!
Herr Erster Bürgermeister Voscherau!
Meine Damen und Herren!

Was verbindet eigentlich Bill Hewlett, David Packard und Bill Gates? Na, alle haben ein großes Unternehmen gegründet; das eine ist die Firma Hewlett Packard, und das andere ist die Firma Microsoft. Aber das ist nicht das einzige, was sie verbindet, sondern sie verbindet auch, daß beide Unternehmen in einer Garage gegründet worden sind. Das aber wäre nach der deutschen Arbeitsstättenverordnung nicht möglich! Um ein bißchen präziser zu sein: Nach dieser Verordnung muß ein Arbeitsplatz ein Fenster haben, eine Garage darf jedoch kein Fenster haben. Also: Firmen dieser Art wären in Deutschland nicht zu gründen.

Lieber Herr Präsident Kruse, damit bin ich auch schon bei meinem Thema. Sie haben es in der Einladung gelesen: Ich möchte mich mit Ihnen über die Standortqualität unseres Landes auseinandersetzen. Nicht erst seit der Rede von Bundespräsident Herzog ist das Thema wieder in aller Munde. Ich denke, angesichts der fast 4,4 Millionen Arbeitslosen ist es berechtigterweise das zentrale Thema, nämlich die Situation, in der sich dieses Land befindet, die Problematik, in der wir hier stehen, und die Standortsituation insgesamt. Wir haben das größte Haushaltsdefizit dieser Republik, und wir haben entgegen der Beteuerung des Bundesfinanzministers – und

auch aller Finanzminister der Länder – mit größter Wahrscheinlichkeit erhebliche Schwierigkeiten, die berühmte Punktlandung bei den Maastricht-Kriterien, nämlich 3,0 Prozent, zu erreichen. Man muß also sehr wohl die Frage stellen: Wie ist es denn um den Arbeitsplatz Deutschland bestellt? Die Standortfrage ist das brennende Thema, das uns auch in den nächsten Monaten nicht in Ruhe lassen wird. Aber ist das eigentlich ein neues Thema? Nein! Ich möchte Ihnen dazu ein Zitat vorlesen, das das Problem für mich sehr treffend umreißt. Es lautet:

„Der Staatshaushalt muß ausgeglichen sein. Die öffentlichen Schulden müssen verringert, die Arroganz der Behörden muß gemäßigt und kontrolliert werden. Die Leute sollen wieder lernen zu arbeiten statt auf öffentliche Rechnung zu leben.“ Meine Damen und Herren, dieses Zitat stammt von Marcus Tullius Cicero, Rom, 55 v. Chr. Völlig neu ist dieses Problem also mit Sicherheit nicht. Offensichtlich hat man schon vor über zweitausend Jahren nach dem Motto gelebt: Wir leben zwar hemmungslos über unsere Verhältnisse, aber noch lange nicht standesgemäß.

Wenn man so in das Germanien des Jahres 1997 hineinblickt, dann muß man sagen: Cicero hat gefordert, der Staatshaushalt muß ausgeglichen sein. Heute reden wir immerhin von 3 Prozent Neuverschuldung und wären stolz, wenn wir sie erreichten. Die Politik wird nicht müde, uns diese punktgenaue Landung immer wieder schönzureden. Aber jeder, der die Zeitungen liest und glaubt, daß wirtschaftswissenschaftliche Forschungsinstitute einen Sinn haben – und es nicht gut ist, diese Gutachten in die Schublade zu legen und sie darin ruhen zu lassen –, der hört, daß wir eher bei 3,2 denn bei 3 Prozent liegen. Tendenz nach oben, wenn alles gutgeht. Wir sind also von Cicero viel weiter entfernt, als die zweitausend Jahre das auszudrücken vermögen. Man kann auch darüber nachdenken: Sind wir an dem Zeitpunkt, an dem sich Rom in dieser Zeit befunden hat, so langsam aber sicher dem Untergang geweiht? Ich bin nicht ganz so pessimistisch und werde das nachher auch begründen. Dennoch: Diese 4,4 Millionen Arbeitslosen, meine Damen und Herren, sind die Kardinalsfrage, die wir uns zu stellen haben. Wir kommen aus dieser Diskussion nicht heraus. Für uns ist die zentrale Frage: Wie schaffen wir es, diese Arbeitslosigkeit wieder zu verringern? Zu Recht bestimmt diese Frage permanent die politische Diskussion; denn Arbeitslosigkeit verursacht nicht nur auf der einen Seite Einnahmeausfälle, nein, sie belastet auch in einer für mich unerträglichen Weise unser Zusammenleben und ist für mich obendrein – und damit sehr gefährlich – die größte gesellschaftspolitische Zeitbombe, die unter uns tickt. Selbst wenn es die Finanzprobleme nicht gäbe, selbst wenn der Staat noch genügend Geld hätte, um die nächsten zwei Millionen Arbeitslosen zu finanzieren, so kann das nicht der Weg sein, daß wir ganze Gruppen von Menschen ausgrenzen. Es ist für eine freiheitlich-demokratische Gesellschaft auf Dauer absolut inakzeptabel, mehr als 10 Prozent der Bevölkerung auszugrenzen, aus dem Arbeitsprozeß herauszulassen.

Ich bin froh, daß das Überschreiten der 4-Millionen-Grenze – es war ja schon fast bei knapp 4,8 Millionen – nun irgendwo diesen berühmten Schrecken in die Glieder aller Politiker hat fahren lassen und daß, daraus resultierend, nun auch Dinge in Bewegung gekommen sind. Wenn man sich nämlich einmal so ein ganz klein bißchen die wichtigen Themen der letzten Jahre durch den Kopf gehen läßt, dann stellt man fest, wir haben über den Ozonalarm, über den Großen Lauschangriff und über die rechtliche Behandlung homosexueller Beziehungen etc. gesprochen, aber mit den Themen, wo es uns kneift, wo uns der Schuh drückt, haben wir uns nicht befaßt. Wir brauchen eine gründliche Analyse der Lage, in der wir uns jetzt befinden.

Ich frage daher: Was ist der Grund für diesen anscheinend unaufhaltsamen Anstieg der Arbeitslosigkeit? Einen ersten Hinweis finden wir in der Kapitalbilanzstatistik. Im letzten Jahr haben deutsche Unternehmen 42 Milliarden DM im Ausland investiert. Ein erheblicher Teil dieser Investitionen ist zwingend notwendig. Die Außenhändler müssen nach draußen, um Markterschließung zu betreiben. Ein großer Teil dieser Investitionen ist aber sicher auch ins Ausland geflossen, weil uns gar nichts anderes übrigblieb: Die Kosten der Produktion in Deutschland waren zu teuer, und logischerweise hat man die Produktion dann ins Ausland verlegt.

Diese Vermutung, die ich angestellt habe, wird zur Gewißheit, wenn man sich das Verhalten der ausländischen Unternehmen betrachtet. Zum allerersten Mal in der Geschichte dieses Landes haben die Ausländer 5 Milliarden DM aus Deutschland

abgezogen. Wir haben also eine negative Kapitalbilanz von annähernd 47 Milliarden DM im letzten Jahr gehabt. 5 Milliarden DM, die die Ausländer abgezogen haben, und 42 Milliarden DM, die deutsche Unternehmen im Ausland investiert haben – soviel wie noch nie. Dieser Trend ist völlig ungebrochen. Wußten Sie, daß jeden Monat eine zweistellige Zahl von Firmen Nordrhein-Westfalen in Richtung Holland verläßt? Jeden Monat eine zweistellige Zahl!

Wenn da nicht Alarmglocken klingeln, wenn wir uns da nicht gemeinsam Gedanken machen. – Und ich rede nicht über Länder, die eine völlig andere Kostenstruktur haben: Ich habe mir vorgenommen, zu Ihnen heute abend über unsere direkten Nachbarn zu sprechen. Es kann doch nicht so weitergehen, daß Holland, England, Belgien und Schweden auf einmal attraktivere Standorte sind als Deutschland. Es gibt dann diese Schlaumeier, die sagen: Ja, das sind die Strukturprobleme einer spätkapitalistischen Gesellschaft! Meine Damen und Herren, erklären Sie mir bitte, warum diese Strukturprobleme in Holland oder in Schweden nicht existieren sollen.

Ich empfehle bei solchen Situationen einmal einen Blick über die Landesgrenzen. Ich glaube, von Hamburg aus gesehen könnte das England sein. Schauen wir einmal nach England. Was ist denn im Jahre 1996 dort passiert? Ich sagte eben, daß 47 Milliarden DM Desinvestitionen in Deutschland gewesen sind, aber 20 Milliarden DM ausländisches Kapital floß nach England. 20 Milliarden DM flossen hinein, bei uns 5 Milliarden DM ausländisches Kapital plus 42 Milliarden DM deutsches Kapital raus. Die britische Arbeitslosenquote liegt bei 6,2 Prozent, so niedrig wie seit rund acht Jahren nicht mehr. Daran kann man sehen, es geht wohl auch anders. Die Briten machen ihr Land fit für den internationalen Wettbewerb. Ich bin überzeugt davon, daß wird auch Tony Blair nicht anders machen. Wer die Plakatierungen Tony Blairs gesehen hat, der weiß, daß wir in dieser Richtung nichts anderes zu erwarten haben. Wo bleiben wir? Wer die Personalplanungen in den großen Unternehmungen kennt, der weiß, daß der Arbeitsplatzabbau in der Industrie nicht gestoppt ist, Arbeitsplätze, deren Verschwinden schlicht und ergreifend der heftiger zunehmende internationale Wettbewerb erzwingt.

Unsere Wettbewerbsnachteile sind eklatant. Einbehaltene Gewinne in Deutschland unterliegen einem Grenzsteuersatz von annähernd 65 Prozent. Schauen wir wieder nach England: Dort sind wir bei 33 Prozent. Und was ist der Unterschied? Das Geld, das übrigbleibt, das ist das Geld, daß für Investitionen zur Verfügung steht. Ich bin es langsam leid, mir anzuhören: Das sind diese Unternehmer, die das Geld in die eigene Tasche stecken! Das hat damit überhaupt nichts tun. Wir brauchen die Gewinne, um sie zu investieren, denn nur aus Gewinnen entstehen Arbeitsplätze.

Ein weiterer Punkt ist der Sozialversicherungsbereich. Letztes Jahr, im Frühjahr, gab es die berühmten Kanzlerrunden. Es wurde beschlossen: Wir wollen die Sozialversicherung deutlich unter die 40 Prozent bringen. Ja, wo sind wir denn? Wir sind bei 42 Prozent, Tendenz nach oben. Wir sind in einer Richtung, daß wir eher bei 43 Prozent am Ende dieses Jahres landen werden als unter 42 Prozent. Die Krankenkassen verkünden es bereits laufend, daß wir unter Umständen in Kürze die Krankenkassenbeiträge erneut erhöhen müssen. Da kommen dann die Folgen.

Nehmen wir dazu doch einmal Zahlen. Von dieser hohen Steuer- und Abgabenbelastung gebeutelt betrug im Jahre 1995 der Gewinn pro Arbeitnehmer in der deutschen Industrie – ich wähle jetzt die Industrie, damit es nicht so aussieht, als würde ich nur für den Groß- und Außenhandel reden – 3.200 DM. Nun gehe ich wieder zu meinen britischen Freunden: Da beträgt der gleiche Gewinn pro Arbeitnehmer 28.000 DM, also neunmal soviel. In Deutschland werden pro 100 DM Umsatz 1,50 DM Gewinn erzielt, auf der Insel ist die Umsatzrendite über viermal so hoch. 100 DM Umsatz – 1,50 DM Gewinn, also 1,5 Prozent Umsatzrendite. Und da gibt es immer noch Leute, die glauben, man könnte internationale Kapitalinvestoren mit solchen Minimargen anlocken!

Hewlett Packard, das eingangs zitierte „Garagen“-unternehmen – Sie wissen, daß das eines der führenden Technologieunternehmen der Welt ist –, hat im letzten Jahr einen Umsatz von 38,4 Milliarden Dollar gemacht und dabei einen Gewinn in Höhe von sage und schreibe zwölf Milliarden Dollar, also rund 30 Prozent, erzielt. Zum Vergleich, bleiben wir doch in Deutschland und ernähren uns redlich. Gehen wir

zur VW AG. VW hat 100 Milliarden DM Umsatz gemacht, 600 Millionen DM sind davon übriggeblieben. Und dann spricht die Gewerkschaft von „exorbitant steigenden Gewinnen“. Ich halte es für verständlich, wenn viele Investoren es nicht für reizvoll halten, daß sie 1.000 DM investieren, und daraus 6 DM Gewinn obendrein noch mit dem Staat teilen sollen.

1993, nebenbei bemerkt, hat die Volkswagen AG noch 2 Milliarden DM Verlust gemacht, also dreimal soviel wie der Gewinn im letzten Jahr. Da habe ich aber den Wunsch der Gewerkschaften nach Beteiligung an diesem Ergebnis nicht stark verspürt! Nach dem Motto, Gewinne werden verteilt, Verluste kann man sozialisieren, werden wir aus der Falle, in der wir uns befinden, nicht herauskommen. Dabei ist man besonders engagiert, wenn die Verluste in maroden Industriezweigen ausgeglichen werden sollen.

Sie alle haben gewiß vor kurzem die Kohledemonstrationen in Bonn miterlebt. Fast 10 Milliarden DM dürfen wir jährlich für das Abenteuer Kohle aus deutschem Boden bezahlen, 130.000 DM pro Bergarbeiter. Ich war vor kurzem in Australien. Dort kostet die Tonne Kohle frei Ort in Deutschland, Hamburg, München, Garmisch-Partenkirchen oder Dresden, 50 DM. Man könnte australische Kohle nehmen, sie nach Deutschland transportieren, in deutsche Bergwerke hineinschmeißen, wieder herausholen, und das wäre immer noch billiger, als deutsche Kohle zu brechen.

Wenn man dann aber – das hat mich ein bißchen erzürnt – in Bonn diese Demos erlebt, wenn man erlebt, daß da das Lufthansa-Catering dafür sorgt, daß man auf hohem Niveau leiden kann, dann frage ich mich, ob wir begriffen haben, in welcher Phase sich die deutsche Wirtschaft befindet und ob uns klargeworden ist, daß dieses Geld, das dort ausgegeben wird, nicht unbedingt zukunftssträchtiges Geld ist. Wohin geht das Geld denn? Wir verwenden dieses Geld letztendlich für Industriemuseen und nicht für Arbeitsplätze, die Zukunft haben. Wenn man dann obendrein betrachtet, daß in der Kohleindustrie der durchschnittliche Arbeitnehmer noch nicht einmal vierunddreißig Jahre alt ist und daß dort nach wie vor mit „zukunftssträchtigen Ausbildungsplätzen“ geworben wird, dann weiß ich nicht, ob wir auf dem richtigen Wege sind.

Es wird an Subventionen für Kohle, Landwirtschaft und Schiffbau vierzigmal mehr Geld ausgegeben als für Forschungsaufgaben in zukunftssträchtige Bereiche. Ich denke, wenn wir unseren Standort renovieren wollen, dann muß der Staat in die Forschung und nicht in industrielle Vergangenheit investieren.

Wir müssen umstrukturieren, und wir müssen den lange überfälligen Wandel vollziehen; denn wer zu spät kommt, den bestraft nicht das Leben, sondern der Wettbewerb, und der Wettbewerb wird immer schneller, immer härter. Er wird auch nicht „netter“ durch das Internet – im Gegenteil: Wir werden gerade aus dem Internet heraus einen Wandel in der Geschwindigkeit der Globalisierung erleben, den sich viele, viele nicht so richtig vorstellen können. Und da gibt es, tatsächlich in Bonn, Kommissionen unter Bundestagsabgeordneten, die darüber nachdenken, wie man denn einen Ladenschluß im Internet konstruieren kann.

Das sind für mich Beispiele dafür, daß bei uns irgendwo ein paar Schrauben – um es vorsichtig auszudrücken – falsch angezogen sind. Der Wandel der Wirtschaft, der industriellen Unternehmen – Sie haben es eben angesprochen, Herr Präsident Kruse – wird an vielen Beispielen deutlich. Ich nenne eines: Sie alle kennen das Unternehmen mit den berühmten drei Streifen, die Firma adidas. Wieviel Prozent seiner – in Anführungszeichen – „Produktion“ stellt denn adidas noch selbst her? Es sind gerade mal 3 Prozent! Der Rest ist internationaler Handel. Ich sehe das ein bißchen gelassen und mit Freude. Demnächst treten die alle in den Bundesverband des Deutschen Groß- und Außenhandels ein. Es soll mich ja nicht ärgern. Aber wir müssen uns darüber im klaren sein, daß es hier zu massiven Produktionsverlagerungen gekommen ist und daß es zu einer totalen Veränderung der Industrielandschaft in Deutschland kommt. Was wäre denn eigentlich die richtige Gegenwehr? Was können wir denn tun? Wir können doch nicht sagen: Na gut das war's dann und verabschieden uns á la Nero in dem alten Rom und gehen unter. Das ist jedenfalls nicht meine Vorstellung, dafür bin ich auch noch zu jung.

Was machen wir falsch? Woran liegt es denn, daß beispielsweise in den USA pro Kopf der Bevölkerung fünfmal mehr Unternehmen gegründet werden als in Deutschland? Welches ist denn der Grund, warum das Investitionsklima hier so feindlich ist? Welches ist denn das Problem? Hat vielleicht der Franzose Voltaire recht, wenn er sagt: Am Grund eines Problems sitzt immer ein Deutscher?

Aus dem Volk der Dichter und Denker, aus dem Volk der Macher, der Organisatoren und der Pragmatiker ist das Volk der Zauderer und Grübler geworden, und die Scheu vor dem Risiko ist in kaum einem anderen Lande Europas so groß wie bei uns. Weshalb gewähren, wenn die Verluste aus den Schneider-Geschäften wirklich nur Peanuts waren, unsere Banken häufig erst dann einen Kredit, wenn der Existenzgründer außer einem guten Konzept auch so viele Sicherheiten vorweisen kann, daß er eigentlich kein Kapital mehr braucht?

Wieso werden hierzulande Unternehmer, die Schiffbruch erlitten haben – und das gehört zu einer Marktwirtschaft genauso dazu, wie ein Unternehmen zu gründen –, geächtet, während man in den USA sagt, er hat es zumindest versucht, er hat zumindest gekämpft, und man gibt ihm die zweite, die dritte und sogar auch die vierte Chance? Ich denke, daß einem Amerikaner die Do-it-yourself-Mentalität kaum bei der Geburt in die Wiege gelegt worden ist. Eher bin ich davon überzeugt, daß sie uns in vielen Bereichen schon im Kindesalter ausgetrieben wird.

Was wir brauchen, ist – und das muß nicht nur in Sonntagsreden von Politikern irgendwo immer wieder gesagt werden – die Kultur einer neuen Selbständigkeit, ist der Mut dazu, neu selbständig zu werden; denn wir müssen einiges dafür tun, aber auch viel dafür lassen.

Ich denke zum Beispiel an die neuesten Einfälle unserer Sozialpolitiker. Da wird dann gesagt: Ja, wir müssen zur Sicherung der Sozialsysteme auch noch die 610-DM-Verträge der Sozialversicherungspflicht unterwerfen. Was passiert denn dann? Dann werden wieder gerade bei den kleinen Unternehmen Möglichkeiten kaputtgemacht. Für mich ist das nichts anderes als eine Bankrotterklärung unserer Sozialpolitiker. Die Folge: Weiteres Abgleiten in die Schattenwirtschaft, die Schwarzarbeit steigt. Die Schwarzarbeit ist für mich sowieso die „Schweiz des kleinen Mannes“, und wir können an dieser Schraube drehen, soviel wir wollen, sie wird weiter nach oben gehen. Was wir brauchen, ist mehr Flexibilität, aber nicht mehr Vorschriften und Gesetze. Statt dessen ist das einzige, was zur Zeit Fortschritte macht, die zunehmende Bürokratisierung unserer Gesellschaft. Wenn das nicht so traurig wäre, dann könnte man darüber lachen.

Ich habe einmal ein paar Beispiele herausgesucht, die Ihnen zeigen, was denn so los ist: Ein Unternehmer aus Nordrhein-Westfalen, ein Metzger, wollte eine Räucher- kammer einbauen, und zwar ein Serienfabrikat. Dazu sollte er ein Gutachten über die Grundwasserströme und über das örtliche Klima beifügen. Das Gutachten hätte ein Mehrfaches der Investition gekostet. Der Mann räuchert jetzt in Belgien.

Im vergangenen Jahr verwickelte eine Zollbehörde eine der Melitta-Firmen in einen Rechtsstreit über ein Kaffeelager, das Melitta hat – es war nicht in Hamburg, sondern ein bißchen weiter westlich –, mit einer Jahreskapazität von 45. 000 Tonnen. Es gab eine Fehlmenge von 3 Kilogramm. Dieses Unternehmen mußte intensiv darüber diskutieren und gegenüber den Zollbehörden Nachweise führen, wie es dazu kommen konnte, daß diese drei Kilogramm gefehlt haben. Haben wir wirklich nichts Besseres zu tun als über drei Kilogramm Kaffee zu streiten?

Ein drittes Beispiel. Sie kennen alle diese DIN-Normungen. In der DIN-Normung war einmal festgelegt, daß die Einstiegsluken in Kanalschächte 15 Zentimeter breite Stahltritte haben müssen. Mittlerweile hat irgendein Schlaumeier festgestellt: Nein, die sind zu klein, die Deutschen sind wahrscheinlich gewachsen – oder welchen Grund auch immer er hatte –, wir brauchen jetzt 18 Zentimeter breite Eintrittsstellen. Kosten: 30 Millionen DM. So kann man weiter- und weitermachen und genügend Beispiele finden.

Als letztes Beispiel will ich eines aus meinem eigenen unternehmerischen Leben anführen. Ich habe vor kurzem ein Hochregallager gebaut und mußte darüber nachdenken, wie die Feuersicherung dieses Hochregallagers sein sollte. Man hat mir gesagt: Du brauchst eine Sprinkleranlage. Na gut, das habe ich noch eingesehen.

Dann kam jemand und erklärte: Zu der Sprinkleranlage brauchst du obendrein eine Rauchgasabzugsanlage. Gut, ich bin zu einem Feuerwehrhauptwachtmeister gegangen und habe ihn gefragt: Warum brauche ich beides? Die Sprinkleranlage löst bei 70 Grad aus, die Rauchgasabzugsanlage bei 90 Grad. Er hat geantwortet: Ja, das ist mir auch nicht ganz klar, aber das ist so! Der einzige logische Grund, der uns nach intensivem gemeinsamen Nachdenken einfiel, war der: Wenn es denn zu einem Brand kommt, löst die Sprinkleranlage aus, die Mitarbeiter, die im Lager sind, haben dann die Möglichkeit, nach oben zu schwimmen und durch die Klappen oben aufs Dach zu kommen!

Nur, das kleine Spielchen – wir lachen darüber – hat dazu geführt, daß meine Investition rund 400. 000 DM teurer wurde. Andere Firmen haben dann gesagt: Nein, dann investiere ich nicht in Deutschland! Ein Bremer Unternehmen hat beispielsweise sein neues Auslieferungslager kurzerhand hinter die Grenze bei Aachen nach Holland verlegt. Und so könnten sie beliebig viele weitere Beispiele haben.

Die Zehn Gebote haben 279 Wörter. Die amerikanische Unabhängigkeitserklärung hat 300 Wörter. Die EU-Verordnung zur Einführung von Karamelbonbons hat 25.911 Wörter. Unser Bürokratieapparat muß unbedingt schlanker werden, und der gesamte öffentliche Sektor muß sich endgültig als Dienstleister verstehen. Das gilt auch und besonders für den Bereich der Rechtspflege. Wußten Sie, daß wir in Deutschland pro hunderttausend Bürger 26 Richter haben? Nun werden Sie sagen: Das ist eine abstrakte Zahl, die einem ja nichts sagt, 26 Richter pro hunderttausend, das ist nicht viel. In Italien und Frankreich sind es zehn pro hunderttausend, in den Niederlanden sind es sechs, und die Amerikaner brauchen nur fünf. Also: Bei der bis jetzt vorhandenen Analyse sind wir vielleicht doch „der kranke Mann“ in Europa; denn es gibt genügend Beispiele, wo uns die Nachbarn das vorgemacht haben.

Lassen Sie mich an der jetzigen Stelle einige Punkte meiner Diagnose zusammenfassen. Wir haben das zentrale Problem der Arbeitslosigkeit. Wir haben in den unterschiedlichen Bereichen Wettbewerbsfähigkeiten verloren und über diese Standortnachteile Arbeitsplätze abgegeben. Wir verlieren sie durch Rationalisierung wegen des technologischen Fortschrittes, und wir verlieren sie auch wegen des Kapitalabflusses in das Ausland. Nun, wenn wir das alles so sehen, muß hier doch ein gemeinsamer Aufruf nach einer gemeinsamen Therapie kommen. Welche Maßnahmen sind denn erforderlich, um der Marktwirtschaft in Deutschland wieder die Chance zu geben, die sie zu Zeiten eines Ludwig Erhards wirklich gehabt hat? Was ist denn eigentlich Marktwirtschaft? Wie hoch ist denn unser Staatsanteil? Wir sind immer noch bei annähernd 52 Prozent, in Polen ist man bei 46 Prozent. Wer ist da nun marktwirtschaftlicher orientiert?

Ich möchte Ihnen – gerade weil ich die hohe Ehre habe, heute abend hier in Hamburg zu sein – zum Wettbewerb einige Sätze aus dem Ihnen bekannten Magazin „Port of Hamburg“ vortragen: „Der Wettbewerb ist das Lebenselixier der Marktwirtschaft, also ein fester Bestandteil unserer Wirtschaftsordnung. Er sorgt dafür, daß sich Anbieter um ihre Kunden bemühen müssen. Er ist weder gut noch böse, sondern eine natürliche Komponente unseres Wirtschaftsverhaltens. Dies gilt für die Wirtschaft insgesamt und auch für die Häfen.“ Besser kann man das nicht ausdrücken. Ich bin den Hamburgern sehr dankbar, daß es so ist, und wünsche mir, daß diese Stadt diese Botschaft der Republik permanent überbringt. Es gibt in Bonn einige Herren – egal welcher Couleur; da kann ich mir auf allen Seiten viele vorstellen –, die diese Botschaft nicht gern hören werden, denen das schwerfällt.

Wie können wir das ändern? Deutschland war eigentlich nie das Land der Kopierer, das haben wir Gott sei Dank nicht nötig gehabt. Aber jetzt bin ich der Meinung, wir sollten von den Nachbarn lernen. Vor etlichen Jahren – verehrter Herr Botschafter – sind viele Sozialpolitiker nach Schweden gefahren, das waren ja Pilgerströme, die in ihr Land kamen, um nachzugucken, was Sie alles Gutes und Richtiges gemacht haben. Ich frage mich, warum die jetzt nicht mehr kommen. Mir wäre es recht, wenn man da einmal fragen würde. Mir wäre es auch recht, wenn man die atemberaubende Geschwindigkeit in Holland einmal betrachten würde. Was ist denn in Holland passiert? Da ist ein Wim Kok, ein Gewerkschafter, der Vorsitzende der holländischen

Gewerkschaften, der dieses Land innerhalb von fünf Jahren dermaßen umgekrempelt hat, daß es ein Vorbild für ganz Europa geworden ist und mittlerweile Arbeitsplätze en masse schafft. Warum geht das bei uns nicht? Warum ist es nicht möglich, daß wir über Lohnmäßigung diskutieren? Warum ist es nicht möglich, daß wir über Flexibilisierung am Arbeitsmarkt diskutieren? Warum bauen wir unseren Sozialstaat weiter aus? Ergebnis der Bemühungen unserer holländischen Nachbarn: In der Hitliste der wettbewerbsfähigsten Länder schob sich Holland innerhalb von nur drei Jahren von Platz 15 auf Platz 7 vor, wir von Platz 5 auf Platz 10 zurück. Das holländische Bruttosozialprodukt klettert deutlich schneller als unseres. Die Arbeitslosigkeit liegt bei 6,6 Prozent, annähernd halb so hoch wie bei uns. Damit übertraf Holland mit Ausnahme der Briten fast alle anderen Länder in der Europäischen Union.

Weiter, und jetzt wird es für mich besonders spannend: Eine versprochene Steuer-senkung hat die holländische Regierung zwei Jahre vorgezogen und damit pro Kopf der Bevölkerung umgerechnet 550 DM jährlich an den Steuerzahler zurückgegeben. Ich ver falle immer wieder in denselben Fehler: Die Regierung hat nicht zurückgegeben, sondern sie hat weniger genommen. Wir sollten nicht von „Zurückgeben“ durch den Staat reden.

Sollte die Große Steuerreform in Deutschland wirklich so kommen, wie der Staat – die CDU-Regierung – sie bis jetzt geplant hat, so reden wir darüber, daß wir 370 DM weniger abgenommen bekommen. Übrigens nicht nur die Holländer, sondern auch die Österreicher, die Briten, die Schweden, das kleine Neuseeland, alle reformieren munter, doch bei uns ist das nicht möglich. Neuseeland und die USA hätten, nebenbei bemerkt, überhaupt kein Problem, die Maastricht-Kriterien zu erfüllen, ja selbst Argentinien ist auf einem besseren Weg als wir.

Wenn man sich die Titelseite des Wirtschaftsteils der „FAZ“ vom vergangenen Samstag ansieht, dann findet man ein paar schöne Überschriften, die das unglaublich gut widerspiegeln. Man liest auf einer Seite einen Kommentar zur Wahl Tony Blairs mit der Bemerkung: „Sie wählten ihn nur, weil er auch als Sozialist geld- und fiskalpolitische Stabilität versprochen hat.“ Daneben findet sich ein Bericht über die „Einigung im Weißen Haus“, nämlich daß der republikanisch geführte Kongreß mit dem Weißen Haus zusammen einen Haushaltsplan ausgestellt hat, der das Defizit des amerikanischen Haushaltes im Jahre 2002 auf Null fahren soll. Dazwischen steht dann aber dezent die Meldung, daß die Bundesländer im vergangenen Jahr ein Finanzierungsdefizit von acht Milliarden DM hatten. Wo steht denn eigentlich die Meldung „Bonn einigt sich über Konsolidierung der Staatsfinanzen“? Die und nichts anderes gehört da hinein. Wir müssen jetzt alle Kräfte bündeln, wir müssen jetzt gemeinsam versuchen, aus der Diskussion um die Steuerreform eine Steuerreform zu machen. Bis jetzt haben wir nur eine Diskussion. Wenn man das Ganze auch noch unter dem Aspekt des kommenden Euro – und der kommt – betrachtet, dann muß man doch sehen, daß damit die Transparenz noch viel höher wird. Transparenz heißt aber auch, daß der Zug in andere Länder unter Umständen noch schneller wird.

Nun noch ein paar Zahlen: In Österreich hat man einen Höchststeuersatz von 43 Prozent, in Holland von 35 Prozent, die Briten, die ich schon erwähnt hatte, liegen bei 32 Prozent, wir bei 65 Prozent. Keine Frage, es muß etwas geschehen, jeder weiß es auch. Nur, was passiert? Jetzt haben wir gerade einmal wieder sechs Wochen diskutiert. Der wichtigste Diskussionspunkt war, wo man tagt. Es ging darum, ob zuerst Herr Kohl einlädt oder zuerst Herr Lafontaine. Ich finde diese Diskussion unserer Probleme unwürdig.

Ich finde es nicht in Ordnung, daß wir uns über solche Lächerlichkeiten in einer Krise, in der wir uns befinden, überhaupt unterhalten. Hier sind alle gemeinsam gefordert, an einen Tisch zu gehen und so schnell wie möglich eine Lösung zu finden. Nun bewegt sich das Ganze in Richtung Bundesregierung bzw. in Richtung Parlament und dann in den Vermittlungsausschuß. Da wollen wir abwarten, was da herauskommt.

Für mich verstärken sich jedenfalls nicht die Hoffnungen, daß wir kurzfristig eine vernünftige Steuerreform, die dieses Land wettbewerbsfähiger und damit attraktiver für ausländisches Kapital macht, bekommen werden.

Wenn man sieht, daß wir von einvernehmlichen Lösungen weit entfernt sind, dann muß man wirklich schon sehr dankbar und froh sein, daß der Bundespräsident in der letzten Woche richtungweisende Worte gesagt hat.

Herr Lafontaine sagte darauf, daß er jederzeit bereit sei, die Lohnnebenkosten zu senken, aber dann im Nachsatz, wörtlich: „Wenn man aber mit der Steuerreform wichtige Strukturreformen verbinden will, dann ist das mit der SPD nicht zu machen.“ Ja, meine Damen und Herren, was wollen wir denn, wenn wir nicht eine Strukturreform machen wollen? Anders kommen wir aus einer Krise, in der wir uns befinden, nicht heraus. Mittlerweile sind die Sozialdemokraten für mich die wahren Konservativen in diesem Land. Ich zitiere da Helmut Schmidt: „Die SPD ist zum Vorkämpfer für den Stillstand geworden.“ Herr Bürgermeister, ich denke, daß man Helmut Schmidt in Ihrer Stadt zitieren darf.

Anstatt sich zusammzusetzen und gemeinsam nach einer konstruktiven Lösung zu suchen, führt man eine Steuerrdiskussion, die mir eher wie ein türkischer Basar erscheint. Da tauscht man Kindergeld gegen Gewerbesteuer, Entlastung des betrieblichen Vermögens gegen Erbschaftsteuer oder Mineralölsteuer gegen Solidaritätszuschlag, Mineralölsteuer gegen Mehrwertsteuer oder gegen Grenzsteuersatz oder sonst etwas. Haben wir nichts Besseres zu tun? Haben wir die Probleme nicht kapiert? Wir brauchen für die deutsche Wirtschaft, aber auch für den Bürger eine Nettoentlastung und nichts anderes. Das geht aber nur, wenn man wirklich auch die Bereitschaft hat zu sparen. Was heißt denn Sparen? Sparen heißt eigentlich, Geld, das man hat, nicht auszugeben. Der Staat muß aber erst einmal lernen, Geld, das er nicht hat, nicht auszugeben.

Es läuft darauf hinaus, daß wir das Ergebnis im Vermittlungsausschuß abwarten müssen. Ich hoffe, daß für die Bürger dann noch etwas übrigbleibt. Es gibt natürlich noch andere Bereiche, in denen wir sparen müssen und wollen: die Sozialausgaben. Da geht es dann auch wieder so, daß man zuallererst sagt: Na ja, da müssen wir umfinanzieren. Da verlagern wir Kosten aus den Sozialversicherungen in den Steuerbereich hinein und finanzieren das beispielsweise über die Mehrwertsteuer oder sonst etwas um. Das halte ich für falsch. Die Liberalen und Teile der CDU wollen durch tatsächliche Einsparungen, also durch Leistungskürzungen, Beiträge senken. Etwas anderes bleibt uns auch nicht übrig.

Wir sind bei 1,179 Billionen DM Sozialkosten im Jahre 1996 angekommen. Das ist eine Zahl, die so groß ist, daß jeder Politiker sie durchsetzen kann, weil sie keiner mehr versteht. Das ist ganz einfach. Was aber verbirgt sich hinter dieser Zahl? Jeder hier im Saal, jeder Einwohner Deutschlands – jedes Kind, jedes Baby, auch der älteste Mann in Deutschland, der hundertneun Jahre alt ist –, erhält 14. 460 DM Sozialkosten pro Jahr oder annähernd 1.200 DM soziale Zuwendungen pro Monat. Das Sozialprodukt ist zu über 34 Prozent des Bruttoinlandsproduktes aufgelaufen. Es ist um 6 Prozent im letzten Jahr gestiegen. Da reden unsere Politiker davon – und zwar in diesem Fall die beiden großen Parteien, der Unterschied zwischen Herrn Norbert Blüm und Herrn Rudolf Dreßler ist für mich häufig kaum auszumachen –, sie würden den sozialen Bereich ständig abbauen. Erklären Sie mir bitte einmal wo. Wenn nicht weitere Sparmaßnahmen beschlossen werden, dann steigen unsere Rentenbeiträge über kurz oder lang in die Richtung von 23 Prozent.

Das bedeutet, wenn es sich nicht ändert, daß die Arbeit immer unattraktiver wird. Wir müssen das doch einmal an einem ganz simplen Beispiel betrachten. Wenn ich einen Mitarbeiter in meinem Betrieb, der 4.000 DM verdient – das ist kein hohes Gehalt –, 100 DM netto mehr gebe, dann bleiben ihm 63 DM übrig, und ich zahle 174 DM dafür. Die Schere geht immer weiter auseinander, und kein Mensch kümmert sich darum. Dieser Punkt, netto immer weniger für den Mitarbeiter und netto immer weniger in der Tasche des Unternehmens, ist der Grund, weswegen nicht investiert wird und keine Arbeitsplätze geschaffen werden. So einfach ist das. Das Ganze ist ökonomisch sehr einfach zu verstehen, nur, die Bereitschaft, die Dinge wirklich zu verändern, ist nicht gegeben.

Wenn man erkennen muß, daß die Schere immer weiter auseinanderklafft, daß zum Beispiel die Sozialhilfe weiter überproportional erhöht wird und in vielen Bereichen der Abstand zwischen Löhnen nicht mehr in einer angemessenen Relation zur

Sozialhilfe steht, dann muß man sich nicht wundern, wenn viele Sozialhilfeempfänger sich in der Sozialhilfe sehr wohl fühlen und kein großes Interesse haben, sich in den Arbeitsprozeß zu reintegrieren. Dieses ist ein Problem, mit dem wir uns – auch streitig – auseinandersetzen müssen. Ansonsten werden wir es nicht lösen. Deswegen komme ich zum letzten, nämlich zu dem Teil, bei dem wir Unternehmer auch etwas zu tun haben. Wir müssen uns auch an die eigene Nase fassen. Viele der Tarifverträge in den letzten Jahren sind durch uns zustande gekommen. Haben wir da immer den richtigen Mut gehabt? Wenn ich zum Beispiel an die Situation Lohnfortzahlung im letzten Jahr denke, dann muß ich sagen, ich halte unser Verhalten dabei für schlicht schändlich.

Die Feigheit, die wir da an den Tag gelegt haben, wird uns mit Recht von der Politik noch längere Zeit vorgehalten. Wenn man die ganze Situation Lohnfortzahlung ein bißchen auseinanderdröselte, dann muß man sagen, da ist vieles schiefgelaufen. Erstens wurde die Diskussion von der Gewerkschaft sehr geschickt auf das Greifen in die Tasche der armen Kranken gelenkt. Mitnichten steht das in diesem Gesetz. Jeder Arbeitnehmer hat das Recht zu sagen, anstatt einer Gehaltskürzung nehme er eine Urlaubskürzung in Anspruch. Dazu hat er das unabdingbare Recht, er kann persönlich entscheiden. Wenn man sieht, daß im Groß- und Außenhandel – ich rede von meiner eigenen Klientel, da kann ich es am besten beurteilen – im Schnitt 33 Tage Urlaub gewährt werden und jemand im schlimmsten Fall davon sechs Tage abgeben muß, bleiben ihm 27 Tage. Dann hat er immer noch mehr Urlaub als jeder Amerikaner, Japaner und wer auch immer in der Welt überhaupt. Ich kann den angeblichen sozialen Abbau bei dieser Maßnahme nicht nachvollziehen und schon gar nicht die Diskussion, die darüber gelaufen ist. Ich kann es auch nicht verstehen, daß eine erneute Diskussion zur Arbeitszeitverkürzung aufgekommen ist. Verehrte Frau Roth, ich möchte Ihrem großen Vorsitzenden gratulieren, daß er den Mut gehabt hat, Herrn Zwickel in gewisser Weise in die Grenzen zu weisen. In einer Phase, in der das Ausland sowieso schon Kapital aus Deutschland abzieht, auch noch über die Zweiunddreißigstundenwoche zu reden, in einem Land, in dem wir die kürzeste Wochenarbeitszeit und die kürzeste Lebensarbeitszeit sowie die ältesten Studenten und die jüngsten Rentner haben, das kann ich nicht begreifen. Betrachtet man diese ganze Situation, dann stellt man fest, daß wir sowieso schon eine Arbeitszeit haben, die es unmöglich macht, die Rentenversicherung so weiter zu finanzieren, wie wir es geplant haben. Wer jetzt glaubt, mit einer Zweiunddreißigstundenwoche die Lage auf dem Arbeitsmarkt verbessern zu können, der liegt völlig falsch. Wir brauchen uns nicht zu wundern, wenn wir so aus dieser Krise nicht herauskommen. Der einzige, der diesen Vorschlag lobte – nachdem der DGB das nicht getan hatte –, war Oskar Lafontaine, der meinte, man könne auf dieser Idee aufbauen. Wir brauchen keine Taktik, um die vorhandene Arbeit zu verteilen. Was wir brauchen, ist eine Strategie, um mehr Arbeit zu schaffen. Das können aber nicht nur Arbeitsplätze für Rechtsanwälte, Lehrer oder Steuerberater sein.

Vor kurzem lautete ein Titel des „Stern“: „Deutsche sind zu fein für viele Jobs. Für anstrengende und dreckige Arbeiten werden oft Ausländer angeworben, obwohl Millionen Deutsche ohne Job sind. Die wahren Drückeberger aber sind die Politiker, die das Sozialsystem nicht ändern und die Arbeit immer teurer machen.“

Ich habe mit einem meiner Freunde von der Mosel, einem Winzer, darüber gesprochen. Er sagte: „Ja, ich habe schon seit Jahren keinen einzigen Deutschen mehr, der mir im Wingert hilft, die Trauben zu pflücken.“ Ich habe ihn gefragt: „Was zahlst Du denn? Hör mal, Du gibst ihnen wohl zu wenig?“ Er entgegnete: „Die kriegen 15 DM netto Cash in die Täsch die Stund!“ Dafür kriegt er keinen Deutschen, der bereit ist, in den Weinberg zu gehen. Über dieses Problem müssen wir nachdenken. Mittlerweile hat er eine Sondererlaubnis, für diese Arbeit Polen anwerben zu dürfen, weil er keine Deutschen bekommt. Im Regierungsbezirk Koblenz gibt es 10 Prozent Arbeitslose. Es ist für mich nicht verständlich, daß solche Arbeiten nicht mehr von Deutschen durchgeführt werden können – nebenbei bemerkt, gibt es noch einen hervorragenden Deputatwein dabei.

Gott sei Dank ist der Bundeskanzler auf einem anderen Weg. Er sagte auf dem Parteitag in Hannover, daß die ehemalige Wahlkampfdewise der CDU, „Weiter so,

Deutschland!" nicht mehr gelte. Es ist auch allerhöchste Zeit; denn so geht es nicht weiter. Aber man muß nicht nur wissen, sondern man muß auch wollen, und man muß es nicht nur wollen, sondern muß es auch tun und jetzt tun. Man muß es umsetzen. Bismarck hat einmal gesagt: „Eine Regierung geht dann zu Grunde, wenn sie bald dies, bald jenes tut, wenn sie heute etwas zusagt und es morgen nicht mehr befolgt.“ Der große Dichturfürst sagte zu diesem Thema: „Das größte Bedürfnis des Staates ist das einer mutigen Obrigkeit.“ Und hier habe ich das Gefühl, fehlt es uns ebenfalls.

Wir brauchen den Mut zu unpopulären Entscheidungen dergestalt, daß man auch bereit ist, über die Legislaturperiode hinaus etwas zu entscheiden. Ich kann die Diskussion um die Steuerreform nicht nachvollziehen. Es wird doch jetzt nur deswegen nichts entschieden, weil man Angst hat, sich in schlechtere Startlöcher im Jahre 1998 zu begeben. Das ist doch der wahre Grund. Man will sich die Startchancen für 1998 nicht verderben, und deswegen kommt in diesem Lande fast eineinhalb Jahre vor der nächsten Bundestagswahl keine politische Entscheidung mehr zustande. Das ist der falsche Weg. Wenn wir diesen falschen Weg weitergehen, dann wird es mir Angst.

Dennoch bin ich der Meinung, daß wir jede Menge Chancen haben. Wir leben in einem Land, das erhebliche Standortvorteile hat. Es gibt kaum ein Land mit einer solch hervorragenden Infrastruktur. Es gibt kaum ein Land mit einer solch guten, gründlichen Ausbildung seiner Mitarbeiter. Wir haben eine zentrale Lage in Europa, zwischen Ost und West als Drehscheibe. Speziell hier, in Ihrem Hamburg, ist das mehr als deutlich. Wir haben ein Land, wo wir die Chance haben, dieses neue Hinterland in Richtung Osten zu öffnen. Ich habe vor etwas mehr als einem Monat auf einer Pressekonferenz in Bonn sagen können, daß die Exportzahlen nach oben gehen. Sie sind im letzten Jahr um 5 Prozent auf rund 78.0 Milliarden DM gestiegen. Wir gehen davon aus, daß die Zahlen in dieser Größenordnung vielleicht sogar noch weiter ansteigen. Wir sind nach wie vor auf Platz 2, hinter den USA. Nur, auch da kommt eine kleine Relation hinein, weil sonst sofort die Sozialpolitiker äußern: „Ja, wenn wir so hohe Exportzuwächse haben, dann muß es uns ja unheimlich gutgehen!“ Wir wachsen nicht so schnell wie der Welthandel. Der Welthandel wächst um acht Prozent, und wir wachsen um die 5 Prozent. Aber dennoch: Wir haben im letzten Jahr einen Exportüberschuß von annähernd 98 Milliarden DM erwirtschaftet, eine Bombenzahl. Leistungsbilanzmäßig hinken wir noch hinterher, aber auch da sind wir auf einem ganz guten Weg. Es könnte sogar sein, daß wir, wenn das Jahr 1997 gut läuft, annähernd auch in der Leistungsbilanz erstmalig wieder zu einer ausgeglichenen Situation kommen. Es kommt also wieder Geld herein. Dieser Exportkonjunkturzyklus muß sich aber auch nach innen verstetigen. Das darf nicht nur für die Reisebüros gelten; denn das war die einzige Branche in Deutschland, die im letzten Jahr ein Plus von 8 Prozent gemacht hat. Das liegt vielleicht daran, daß wir ein klein wenig zuviel im Ausland sind.

Es muß aber auch die Bereitschaft steigen, wieder Jobs anzunehmen. Gucken wir uns doch noch ganz kurz zum Abschluß das amerikanische Jobwunder an: Über zwölf Millionen Arbeitsplätze wurden in den USA in den letzten 5 Jahren geschaffen. Da wird hier natürlich sofort gesagt: Ach, alles McDonald's, alles bad jobs. Das stimmt überhaupt nicht! 70 Prozent dieser Jobs in den USA sind solche, die über dem durchschnittlichen amerikanischen Lohn von 480 Dollar pro Woche liegen. Also: Der überwiegende Anteil sind qualifizierte Jobs und nicht bad und Mc-jobs. Wir haben auf dem Dienstleistungssektor erheblichen Nachholbedarf. Zwar ist die Firma SAP gerade in die Diskussion hineingeraten, aber generell genommen ist es nach wie vor ein hervorragendes Unternehmen, jedoch leider das einzige, das sich in dieser Richtung aufgemacht hat. Im Silicon Valley finden Sie Hunderte dieser Art. Wenn es uns gelingt, die Perspektiven hier zu öffnen, wenn wir die Chancen für diesen Dienstleistungssektor hinzubekommen, dann werden wir, gerade als exportorientierte Nation, die Chancen auch haben, den Wandel hinzubekommen. Dann werden wir den Gewinn, den wir benötigen, um die Investitionen in diesem Lande zu machen, wieder einfahren können.

Handel und Dienstleistungen, das sind zwei Seiten der Medaille. Wenn wir es richtig anstellen, werden wir den Wandel zur Dienstleistungsgesellschaft in den nächsten Jahren schaffen. Wir sind die zweitgrößte Handelsnation der Welt. Wir müssen alles tun, um diese Position zu halten. Dann hat auch der Übersee-Club mit dem 808 Jahre alten Hafen seine Chance, weiter hier in diesem wunderschönen Ambiente seinen Geburtstag zu feiern.

Ich gratuliere Ihnen ganz herzlich dazu. Ich weiß, daß ich heute hierhergekommen bin, um Ihnen nicht nur Honig um den 75jährigen Bart zu schmieren. Das war sicherlich auch nicht die Aufgabe, die mir gestellt war.

Aber ich frage zum Abschluß: Ist der Standort Deutschland wirklich „der kranke Mann“ in Europa? So ein bißchen sind wir es schon. Gewisse Krankheitssymptome sind nicht zu übersehen. Ich habe sie Ihnen genannt. Aber Deutschland ist Gott sei Dank nicht todkrank. Eine kräftige Grippe vielleicht, in jedem Falle aber nichts, was man nicht mit einem – wie heißt das hier? – steifen Grog und vielleicht noch einigen kalten, unangenehmen Wickeln ins Lot bringen könnte. Einen gewissen Anlaß zur Hoffnung gibt einem natürlich auch die in vielen deutschen Unternehmen bereits eingeführte 80-prozentige Lohnfortzahlung. Wir haben nämlich feststellen können, daß die deutschen Patienten dann viel schneller gesunden.

Lassen Sie mich Ihnen zum Abschluß zurufen, daß ich mir bewußt bin, daß der Weg, den wir vor uns haben, sehr dornig und schwierig sein wird. Ich möchte mit einem Zitat von Seneca, das gerade für die Traditionalisten aus Hamburg das Richtige sein dürfte, schließen. Er hat einmal gesagt: „Nicht weil es schwer ist, wagen wir es nicht, sondern weil wir es nicht wagen, ist es schwer.“ – Hanseaten wagen es!

